

Volksstimme

Einzelnummer 20 Bq.

**Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg**
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaft“
täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 4.12—6.1 Uhr.

Ver. ag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5467
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 51

Preis pro Exemplar: Einzelstück 2,25 Mk., halbes Jahr 12 Mk., ein Jahr 24 Mk., Vierteljahr 6,00 Mk., in 16 Hft. Später 4 Hft. ab a. P. Postfrei monatlich 2,25 Mk., viertel 6,75 Mk.

Halle, Montag, den 1. März 1920

Anzeigensatz: Im achtspaltigen Druckformat 40 St. im Druck in ein Zeilenmaß 120 St. für die 2. und 3. Seite. Kleinanzeigen mit 5 St. Zeilenhöhe, 2. und 3. Seite. Anzeigen mit 10 St. Zeilenhöhe mit der 4. Seite. Anzeigen mit 15 St. Zeilenhöhe mit der 5. Seite.

4. Jahrgang

Die persönliche Ehre im politischen Kampf

Von Franz Krüger, M.D.R.

Der im öffentlichen und politischen Leben an führender Stelle stehend, muß sich Kritik gefallen lassen, und die nach der Revolution in Deutschland regierenden Männer mußten sich in ganz besonderem Maße darauf gefaßt machen. Aber wir sehen heute ein System persönlicher Beschimpfung und Verdächtigung gegen diese Männer sich in der Öffentlichkeit breitmachen, wie es unaufrichtig und faul niemals dagewesen ist. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ist außer Rand und Band.

Die Urkunden dieser persönlichen Kampfesweise der Reaktion liegen ziemlich klar auf der Hand. Die reaktionären Parteien können nicht darauf rechnen, daß die Volkstümlichkeit und die Kraft ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit die Volksmassen wieder zuführt. Die Volkstümlichkeit des sozialdemokratischen Regierungssystems, unter dessen Folgen wir heute so schwer leiden, ist denn doch noch in allererster Linie ein Ergebnis der Reaktion, um die sich die Sozialdemokraten z. B. jetzt besonders bemühen, brauchen nur zurückzudenken, wie ihre Organisations- und Führer vor der Revolution von den damals regierenden Konventionen herangeführt wurden, wie man sie politisch erhebt, wie man ihre wirtschaftlichen Forderungen unerschrocken, wie man den Unterschied gegenüber der heutigen Zeit fest zu setzen. Feil man aber weiß, daß durch lauthals Propaganda Anhänger für die Reaktion in den breiten Volksschichten nicht zu gewinnen sind, versucht man es

durch persönliche Beschimpfungen und Verdächtigungen der führenden Männer

des neuen Deutschlands.

Zu den deutschen nationalen Versammlungen und Blättern sind die sozialdemokratischen Minister nur „Schützer und Schneider“, die vom Regieren nichts verstehen. Da ist der Reichsfinanzminister Bauer der ehemalige Anwaltskammer, der Wirtschaftsminister Schmidt der Klavierarbeiter, der Landwirtschaftsminister Braun der Buchbinder, der Reichspräsident Ebert der Sattlergehilfe usw. Für jeden politischen Bemannerten ist klar, daß es nur sehr eigne nützige Motive sind, die die Reaktion zu allen Beschimpfungen veranlassen. Sie war bisher gewohnt, die Ministerposten als ihre eigentliche Domäne zu betrachten und hat bei den beschämten Positionen gequält, konnte ihnen solchen Posten erhalten. Dabei kam es nicht darauf an, ob sie die Fähigkeit waren, da sie für die praktische Arbeit in ihre Geheimnisse hatten. Es muß diesen Herren nun nicht in den Sinn, daß leibhaftige Arbeiter sich auf die Ministerstelle gesetzt haben und das Volk nun nicht, daß es auch ohne Adel und Korporation den Weg geht. Um so bedauerlicher ist es, wenn auf die Post der „nationalen“ Verdächtigungsmaßnahme auch Arbeiter noch vielfach hineinfallen, die die Sprache nachgeben, es sei kein Wunder, daß es auf so vielen Gebieten nicht klappt, denn auch das Regieren müßte gelernt sein und die jetzigen Minister hätten es eben nicht gelernt. Sowie wie man die früheren Minister, die es leicht geworden sind, weil sie gut Satire viele in konnten, oder Korrespondenten des Königs waren, werden die neuen Männer wohl in die besten auch verfallen. Diese haben allerdings nicht gelernt, für die Junker und Schlotbarone zu regieren,

sondern vertreten das Volksinteresse,

und daher der Verleumdungsströmung gegen sie. Die heutigen Zustände sind nicht eine Folge des neuen Systems, sondern der alten konservativen Politik, und die Arbeiterklasse sollte begreifen, sich gegen diese Strömung der ans ihrer Mitte hervorgehenden führenden Männer mit voller Entschiedenheit zu wenden.

Ein zweites Hauptmittel der Reaktion ist die Verdächtigungen von dem Vorhandensein sozialistischer Korruption. Da sollen nach bisher unbewiesenen Behauptungen Regierungsgelder für sozialdemokratische Propaganda verwendet worden sein. Da sollen Sozialdemokraten bei Anstellungen, bei Vergütungen von Amtsträgern besonders Bevorzugung gefunden sein. Für diese und ähnliche Behauptungen sind bisher noch in keinem Falle die Beweise erbracht worden. Aber die reaktionären Parteien haben uns wohl nur hinter dem Busch, hinter dem sie so lange selbst gestehen haben. Früher konnte die überhaupt nur jemand Beamter werden, der konservativ war. Und mußte nicht jeder, der in irgendwelche geschäftliche Beziehungen zum Staate trat, sich wenigstens äußerlich mit Haut und Haaren den reaktionären Parteien verschreiben? Und war es nicht gerade unter dem alten Regime üblich, daß hohe Beamte nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst hohe Bezüge in privatkapitalistische Gesellschaften einzutreten, zu denen sie zum Teil vorher in engen An-

Gonderfrieden Amerikas mit Deutschland?

Paris, 27. Februar. (Z. U.) Nach dem „Echo de Paris“ kritisiert Wilson in einer Denkschrift zur Adressfrage den Imperialismus und die Länder der Verbündeten in Asien, die in der ganzen Welt Aufsehen erregen. Er wolle die Verbündeten auf die Gesetze neuer Kriegsmethoden hin, durch die die ganze Welt zu leiden haben würde. Wilson erklärt, wenn er mit seinem Vorschlag nicht durchdringen würde, er den Friedensvertrag zurückziehen und mit Deutschland über einen Sonderfrieden verhandeln. Wilson wurde unterstellt, daß man in Verbänden freier Lande, daß er infolge der Propaganda zum amerikanischen Prozess und infolge seiner Krankheit eine Macht sei. Er würde die Verbündeten aber vom Gegenteil überzeugen.

Abgeleitete Friedensverhandlungen.

Washington, 28. Februar. Kansas. Das Staatsdepartement erklärt, daß die amerikanische Regierung das Friedensangebot der Bolschewisten nicht in Betracht ziehen werde.

Deutscher Protest gegen Einführung des Schlichthandels im Osten.

Berlin, 28. Februar. WZB. berichtet: Wegen des Vorgesches im Osten ist unumkehrbar eine erneute deutsche Protestnote durch die deutsche Friedensdelegation an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen hinausgeschickt worden. Darin wird auf die Forderung hingewiesen, daß infolge der unbeschränkten Warenverkehrs über die weite Grenze Deutschlands unnütze Waren in großen Mengen gegen Zahlung in Mark in Deutschland eingeführt werden, während die unentbehrlichen Bedürfnisse Deutschlands an Lebensmitteln und Kleidung manuels Devisen nicht decken können. Durch die damit verbundene Zerstörung unserer Wälder wird nicht allein Deutschland, sondern es werden beträchtlich auch die Länder gefährdet, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertragschuld. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands wird mit dem Sinken der deutschen Währung und mit dem Anstieg der durch eine gehobene Ernährung und Bekleidung die Wirtschaft der Bevölkerung zu haben, immer schwächer. Große Güter, deren Deutschland dringend bedarf, werden ausgeführt und dagegen zum großen Teil entbehrliche Waren eingeführt, wobei die deutsche Regierung verhindert wird, dagegen einzuschreiten. Bei dem Zustand der Weltwirtschaft im weltlichen Industriegebiet wiederholten sich die Vorgänge immer wieder aufs neue, daß es wegen des Sinkens der deutschen Währung nicht gelingt, den Anstieg und Bekleidung zu erschaffen. Die Preise im Land zu bringen, um die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Die Note läßt sich dahinschieben sein, ob die Aufhebung der betreffenden deutschen Wirtschaften berechtigt sind. Jedenfalls findet sich auch im Friedensvertrag eine Bestimmung, die die Aufhebung von diesen folgenreichen Zuständen rechtfertigen würde. Die deutsche Regierung erklärt sich wiederholt gern bereit, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens gerecht zu werden und mit diesen Ländern über wertmäßig beehrte Leistungen Beziehungen geknüpft haben? Ah nenne hierbei nur den früheren Amerikasienminister im Reichsamt des Ämtern Richter, der jetzt Direktor beim Kolonialamt ist, den früheren Präsidenten des Staatlichen Amtes von der Post, der Direktor des Verbandes der Haus- und Grundbesitzer ist, und den General von Gontard, der dem Aufsichtsrat der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken angehört. Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Ein besonders beliebtes Ziel reaktionärer Beschimpfungen ist der Reichspräsident Ebert. Amteiles war es nicht reine Liebe zu den Hohenzollern, die die Anhänger der Reaktion so häufig in Ehrfürst ersehen ließ, sondern lediglich die Tatsache, daß für sie von dem monarchischen Glanz ein kleiner Teil mit fast materiellem Reichtum abfiel. Fast ist der monarchische Glanz und damit auch der Verdienst vorüber. Es gibt keine Kammerherren, Hofmarschälle, Lakaien und Hofleutnants mehr.

Ein Mann aus dem Arbeiterstande ist durch das Vertrauen der Volkswirtschaft zum Reichsoberhaupt bestellt.

Will man also für den monarchischen Gedankens Propaganda machen, so muß man diesen Mann mit allen Mitteln in der Achtung des Volkes herabsetzen versuchen. Und da er nun keinen tatsächlichen Anlaß dazu gibt, so wird eben fröhlich und frech drauf los geschrien.

zu verhandeln, die von dem deutschen Einfuhrverbot ausgeschlossen sein sollen. Die Note enthält dringende wichtigen Forderungen der alliierten und assoziierten Mächte, wodurch die Verhandlungen der betreffenden Völkerverträge über die Aufhebung der Eins- und Ausfuhrbeschränkungen außer Kraft gesetzt werden.

Frankreichs Rechte auf deutsche Kohlenförderung.

Berlin, 28. Februar. WZB. läßt melden: Zu der Meldung, die Franzosen beanpruchen, die deutschen Kohlenlieferungen unmittelbar an den Kohlen fordern zu dürfen, ebenso die Ablieferung aller auf die Halben geführten Kohlen, wird von anderer Stelle berichtet, daß die deutsche Regierung hohe der Entente auf ihren Wunsch für die Dauer des Streites in Holland das Recht zugehen. Teile der Kohlenlieferung mit ihren Anlagen in Duisburg-Portruy abholen zu dürfen. Und drücklich wurde vereinbart, daß hierdurch kein Prejudiz in der Franzosenfrage geschaffen werden sollte. Drücklich ist die Sozialdemokratie in der Entente des Entschuldigens Parades zu benehmen. Ein Hinweis auf die Kohlen abholer Kohlenwerke erhebt die Entente nicht. Sie will dann nur den Inseln haben, der in den deutschen Kohlenlieferungen einen höheren Gewinn, wie Schmalzer und Straß, erfinden will. Die deutsche Regierung hat jedoch eine natürliche Deckung solcher Ausfälle von Kohlenwegen abgelehnt.

Arensanzstand über Irland.

Der „Vorwärts“ läßt sich berichten: Paris, 28. Februar. Der Bischof von Irland, Lord Francis, hat den Arenanzstand über ganz Irland verhängt. Politische Ereignisse wurden von der englischen Militärpartei verhängt. In Dublin und York ist es zu neuen schweren Ausschreitungen gekommen, wobei die Manifestanten tätlich gegen das englische Militär vorgingen.

Entgegenkommen in der Friedensfrage.

New York, 28. Febr. Der Korrespondent der „Associated Press“ in Washington telegraphiert, daß ein offizieller Telegramm einen neuen Friedensvorsatz des Sowjet-Russlands an die Großmächte enthält. Die Sowjets verpflichten sich, einen Ausnahmefall der demokratischen Politik zur Anwendung zu bringen und eine Konstante einzubringen. Sie verpflichten überdies, das Defizit, welches die russische Anleihe Schuld ans Licht, zurückzuführen und bis zu 60 Prozent anzunehmen. Sie verpflichten sich, die russischen Finanzen zu zahlen. Die Sowjetregierung erklärt sich zur Erfüllung notwendiger Garantien bereit, insbesondere durch Abtretung von Anleihen über die russische Staatsbank. Dagegen verlangt Sowjet-Russland von Großbritannien, wie auch von den übrigen Großmächten, die Einmischung derselben in die russischen Angelegenheiten aufzugeben. Gleichzeitig gibt es dem Russische Anleihen, die Vereinigten Staaten möchten Ausland Kredit eröffnen.

In reaktionären Blättern wird immer wieder geschimpft über die angeblich Inzurriden Weisen des Reichspräsidenten im Sonderzug. Derselben Herrschaften fanden es ganz selbstverständlich, daß der Kaiser Sonderzug, Unfälle, Autos usw. zur Verfügung hatte, mit denen er nach Belieben in der Welt herumzuführen konnte. Der Reichspräsident ist noch nie in einem Sonderzug gefahren, sondern hat bei seinen Reisen lediglich einen Sonderwagen zur Verfügung gestellt bekommen, wie ihn unter dem alten Regime jeder Minister benutzte. Und dieser Wagen wird einfach an die fahrlässigen Hände anvertraut. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Reichspräsident ein solches Unfälle in dem Sinne, in dem früher das reaktionäre Ministerium des Königl. Hofes und die Wohnung des Reichspräsidenten in Potsdam untergebracht war. Soll der vom Volk erwählte Präsident zu lächerlich sein für die Mäule, die ein Graf und seine Kammerdiener vorher bewirkt haben? Wer mit Ebert verkehrt, weiß, daß er sehr viel in Würde und Einfachheit verkehrt und unmarionettische Wesenheit, wie der Präsident der Nationalversammlung, Scherzhaft, und der demokratische Minister auch haben das öffentliche Einkommen hergehoben. Aber die deutschnationalen Deutsche Volksgenossen in Hannover vom 17. Februar 1920 mag zu schreiben:

Von allen, die Gelegenheit hatten, ihn irgendwo auftreten zu sehen, wird übereinstimmend bezeugt, daß

Der Kattentöter.

Der Kattentöter die Presse, daß eine Broschüre über den Fall ...

Es wird z. B. die Geschichte von den 50 000 Wfr., die ...

Mit welcher Sachkenntnis die Broschüre geschrieben ...

Oben beschloß aber halten wir die Befehlsgewalt ...

Politische Mordmorde in Ungarn.

Wester Abend berichtet, daß noch zwei Mitglieder ...

Überdies sind wieder drei Personen unter ...

Obwohl die Anwesenheitsliste zur Zeit an ...

Obwohl die Anwesenheitsliste zur Zeit an ...

Obwohl die Anwesenheitsliste zur Zeit an ...

Der Sozialistengesetz.

Stuttgart, 27. Februar. (Hav.) Es am ...

Paris, 28. Februar. (H.) Auf dem Sozialistengesetz ...

Das Reichsrecht Parität "Republ" vom 25. d. M. ...

Gehuldt nach einem neuen Kriege.

Jede Gelegenheit hemmen unsere Kriegstreiber ...

Der "Kommunist" vertritt einen ...

Der letzte Brief.

Nach ein Briefe: Kommt der deutsche ...

"Wacheten" möchte ich ...

Wir stehen vor der Wahl ...

Reines Seuilleten.

Vorworte.

Witter tragen uns hinfremt ...

Gerth Barbisse zur Auslieferung.

Obwohl die Anwesenheitsliste zur Zeit an ...

gehofft, wenn wir ...

Neue Notizen.

Frauen-Stimmrecht in England. Die von ...

Ungarns Verfassung annehmen. Die ...

Breitschilde Landesversammlung.

Berlin, 28. Februar, 126. Sitzung, 12 Uhr mittags.

geht an den Ausschuss für Handel und Gewerbe.

Der Ausschuss beantragt, bei der ...

Vertical text on the left margin.

Vertical text on the left margin.

Vertical text on the right margin.

